

Zeitschrift:	Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen
Herausgeber:	Eidg. Verband der Übermittlungstruppen; Vereinigung Schweiz. Feld-Telegraphen-Offiziere und -Unteroffiziere
Band:	42 (1969)
Heft:	11
Vorwort:	Ein Wort zur Zeit
Autor:	Dutli, Heinz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Wort zur Zeit

Am Eidgenössischen Schützenfest in Thun und auch an den meisten vaterländischen Feiern zum 1. August ist der wehrhafte Geist unseres Volkes wieder einmal in schöner Unverbindlichkeit beschworen worden. Dass dieser oft hart und nicht weniger oft zu recht kritisierte Kleinstaat mit zivilen und notfalls auch mit militärischen Mitteln verteidigt werden kann und muss, scheint derzeit noch keine offizielle Streitfrage unter den Eidgenossen zu sein; noch bilden die Dienstverweigerer eine zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Minderheit. Auch wenn nach den eher unsympathischen Auftritten dieser Gruppe nicht anzunehmen ist, dass sich hier je der Kern einer pazifistischen Volksbewegung bilden kann, muss aus vielen Anzeichen geschlossen werden, dass neben dem Häufnet militanter Aussenseiter die stumme Front jener Zeitgenossen unaufhaltsam wächst, die von der Tauglichkeit unserer offiziellen Verteidigungsanstrengungen nur noch halb überzeugt ist. Man macht mit und hält das Maul, sagt bieder: «Nützt's nicht, so schadet's auch nicht» und betreibt den obligatorischen Militärdienst quasi als nützlichen Ausgleich zur körperlichen Unbeweglichkeit im Zivilleben, als isometrisches Training für die Figur.

Ich halte diese Entwicklung, die leider offiziell kaum zur Kenntnis genommen wird, für gefährlicher als die lärmigen Umrübe einiger Wirrköpfe, die eigentlich nichts dafür können, dass ihnen eine ebenso dumme wie überdimensionierte Publicity die Verweigerung einer Bürgerpflicht so attraktiv macht. Weit aus schlimmer wird es sich über kurz oder lang auswirken, dass wir mit der Armee, ja mit unserem ganzen Volk seit Jahren eine Politik der Verdrängung betreiben, indem wir uns zwar verbal andauernd zu einer totalen Landesverteidigung bekennen, gleichzeitig aber die einzige Chance, einen Ernstfall überhaupt verhindern zu können, aus einer falsch verstandenen Moral heraus seit Jahren verketzern und mit Acht und Bann belegen.

Es handelt sich um die atomaren Waffen.

Ich weiss: Viele Leute reagieren hysterisch, wenn dieses Thema zur Sprache kommen soll. Ihr Geschrei verunmöglicht bis heute jeden Ansatz zu einem sachlichen Gespräch über die politischen und militärischen Aussichten, welche die Verfügung über atomare Mittel jenen Kleinstaaten eröffnet, die ihren Bürgern Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit erhalten wollen. Dass Massenvernichtungsmittel Tod, Verwüstung und Elend über weite Teile der Menschheit bringen können, ist jedermann bekannt, aber auch konventionelle Waffen sind schliesslich nicht bloss zur folkloristischen Ausgestaltung eines Gefechtsfeldes bestimmt. Manche mögen des Glaubens sein, der Nichtbesitz von Atomwaffen würde einen Gegner davon abhalten, sie gegen uns einzusetzen; das ist eine Spekulation, die schon durch die Ereignisse am Schluss des Zweiten Weltkrieges weitgehend entkräftet wurde. Doch angenommen, wir hätten es mit einem so ritterlichen Gegner zu tun: Wir sind rings von Staaten umgeben, die entweder eigene Atomwaffen besitzen (Frankreich) oder aber auf ihrem Gebiet atomare NATO-Depots unterhalten (Deutschland, Italien). Atomare Einsätze über München, Mailand und Strassburg ergäben bereits radioaktive Ausfälle, welche die dichtbesiedelten Gebiete der Schweiz weitgehend unbewohnbar machen. Zu diesen Waffen brauchen wir also gar nicht ja zu sagen, sie sind da, und wir haben uns mit ihrem Vorhandensein und

dem möglichen direkten oder indirekten Einsatz gegen uns abzufinden. Die Frage ist blass, ob irgendwem damit gedient ist, wenn wir aus einer scheinbar moralischen Position heraus die kleine Ächtung vornehmen und damit doch blass die Lust eines eventuellen Aggressors vergrössern, mit so ungefährlichen Landesverteidigern kurzen Prozess zu machen.

Wir gehen davon aus, dass der Kleinstaat seine politischen und militärischen Anstrengungen mit Vorteil auf eine Kriegsverhinderung ausrichtet. Das bedingt, dass er taugliche und glaubwürdige Anstalten trifft, den «Eintrittspreis» in sein Land so hoch wie möglich anzusetzen. Man nimmt ihm das dann ab, wenn genau bekannt ist, dass dieser deklarierte Preis in einem Ernstfall auch eingezogen werden kann. Wenn es Leute gibt, die in bezug auf einen der denkbaren Fälle etwas sagen: «Lieber rot als tot», dann ist das wenigstens ein subjektiv eindeutiges Votum, über das man sich im Lichte aktuellen Erfahrungsmaterials allenfalls noch unterhalten könnte. Wenn aber blass noch aus der Verdrängung heraus politisiert wird, man also im Schutz eines amerikanischen Atomschirms sich in die Kolonne der Atomwaffengegner einschmuggelt und der Umwelt weismachen will, hier geschehe etwas Positives, so müsste wenigstens dafür gesorgt werden, dass durch solche Fehlhandlungen nicht jene plötzlich als Kriegshetzer dastehen, die aus einem objektiven Verantwortungsgefühl heraus dem schweizerischen Soldaten die beste Abschreckungswaffe zur Verfügung stellen möchten.

Man mag einwenden, die Amerikaner besässen doch gewiss genug atomare Mittel, um im schlimmsten Fall auch unser Land abzublocken. Das hatten etwa die Thailänder jahrelang auch geglaubt, bis sie der kürzliche Besuch von Präsident Nixon darüber ins Bild setzte, wie rasch das strategische Konzept einer Weltmacht geändert werden kann. Die sukzessive Lösung des amerikanischen Engagements in Südostasien wird nicht ohne Einfluss auf die Verhältnisse in Europa bleiben. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung richtet sich die amerikanische Politik weltweit darauf aus, die kleineren Nationen der freien Welt zu grösseren Anstrengungen in Richtung auf eine Selbsthilfe zu veranlassen. Wer also glaubt, das «dreckige Geschäft» könne man allenfalls den Amerikanern überlassen, muss schon davon Kenntnis nehmen, dass diese erst einmal ihr Vietnam verdauen müssen, bevor sie sich anderswo festnageln lassen.

Dies ist kein Ruf nach Atomwaffen für die Schweizerische Armee. Wir meinen lediglich, dass unser Land den Atomsperervertrag auf keinen Fall unterzeichnen sollte, bevor nicht in aller Öffentlichkeit über sämtliche Konsequenzen eines solchen Schritts sachlich und in aller Ruhe gesprochen worden ist. Man wird dabei zu berücksichtigen haben, dass die Grenze von den sogenannten konventionellen zu den atomaren Waffen durchaus fliessend wird; schon die nächsten Beschaffungsobjekte werden das zeigen. Die Frage, ob sich der verteidigungswürdige Kleinstaat in Zukunft mit den tauglichsten Mitteln seiner Haut wehren darf oder ob er sich auf fünfundzwanzig Jahre hinaus jeder atomaren Erpressung konventionell zu beugen hat, wird jedenfalls durch Verdrängung nicht gelöst, nicht einmal durch die wackere Abschiessung von fünf Millionen Gewehrpatronen.

Womit wirklich nichts gegen ein Schützenfest gesagt ist.

Heinz Dutli